

**Zeitschrift:** Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz  
**Herausgeber:** Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat  
**Band:** 82 (2007)  
**Heft:** 1

**Artikel:** Nationalrat heisst Rüstungsprogramm gut  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-714193>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 03.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Nationalrat heisst Rüstungsprogramm gut

Beim Führungsinformationssystem Heer gab Ratspräsidentin Egerszegi den Ausschlag

Am 13. Dezember 2006 hat der Nationalrat dem Rüstungsprogramm 2006 ohne Abstriche zugestimmt. Das neue Rüstungsprogramm umfasst 1,5 Milliarden Franken und ist das grösste seit neun Jahren. Der Nationalrat genehmigte das Programm mit 115 zu 64 Stimmen bei fünf Enthaltungen.

Gegen das Führungsinformationssystem des Heeres, die Werterhaltung der Leopard-Kampfpanzer und den Umbau von Piranha-Panzerjägern lag aus der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates ein Minderheitsantrag von Ulrich Schlüer vor. Wie Schlüer ausführte, sind diese drei Vorhaben eng mit dem Entwicklungsschritt 2008/2011 verbunden, den die Volkskammer in ihrer Herbstsession in Flims verworfen hatte.

Schlüers Antrag scheiterte indessen an der Aargauer Ratspräsidentin Christine Egerszegi: Sie gab den Stichentscheid für den Antrag des Bundesrates. So kam diesmal die unheilige Allianz zwischen der Ratslinken und Nationalräten der SVP nicht zustande, die in Flims noch den Ausschlag gegeben hatte.

### Schmid für moderne Rüstung

Bundesrat Samuel Schmid, der Vorsteher des VBS, forderte den Nationalrat auf, die Schweizer Milizarmee modern auszurüsten. Die Armee müsse für den Fall der Raumsicherung und des Abwehrkampfes auf Anhub bereit sein. Das neue Rüstungsprogramm sei finanziert und erfülle alle Sparvorgaben: Mehr sparen könne man nicht.

Die teuerste Position im Rüstungsprogramm 2006 bildet mit 424 Millionen Franken die erste Tranche des Führungsinfor-



Mit dem Rüstungsprogramm bewilligt: der PC-21.

mationssystems des Heeres (FIS). Das FIS ist dringend nötig und soll die Schweizer Armee im nächsten Jahrzehnt auf das mittlere europäische Technologieniveau bringen. Weitere Tranchen folgen.

Mit dem FIS verbunden sind die 395 Millionen Franken für die Werterhaltung der Leopard-Panzer. Der Umbau der Panzerjäger wird 126 Millionen kosten. 194 Millionen sind für die Werterhaltung der Helikopter Super Puma eingesetzt.

### Absolutes Minimum

139 Millionen kosten die zwölf Genie- und Minenräumpanzer, die im Jahr 2004 noch abgelehnt worden waren. Die mechanisierten Verbände brauchen diese Panzer, wo-

bei die Beschaffung von zwölf Exemplaren ein absolutes Minimum darstellt. Für 115 Millionen werden für die Jet-Ausbildung Pilatus-PC-21-Flugzeuge gekauft. Heute beruht das Jet-Training auf den Flugzeugtypen PC-7, F-5 und F/A-18. Mit der geplanten Ausmusterung der F-5 entsteht ab 2010 eine Ausbildungslücke.

### 55 Prozent an Schweizer Industrie

69 Millionen gehen in einen F/A-18-Simulator, 39 Millionen in eine Schiessausbildungsanlage Leopard. Vom Beschaffungsvolumen entfallen 820 Millionen oder 55 Prozent direkt auf die Schweizer Industrie. Der Nationalrat genehmigte das Rüstungsprogramm als Zweitrat. **fo. **

### Mehr Durchdiener?

In Bern hat die freisinnig-demokratische Fraktion eine parlamentarische Initiative eingereicht, die verlangt, dass das Bundesgesetz so geändert wird, dass der maximale Anteil der Durchdiener auf 30 Prozent eines Rekrutenjahrgangs erhöht werden kann.

Auch die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats spricht sich für eine Erhöhung des Durchdieneranteils aus. Mit 18 zu 4 Stimmen bei drei Enthaltungen beantragt die Kommission, der FDP-Initiative Folge zu leisten. Gegenwärtig beträgt der Anteil höchstens 15 Prozent. **fo.**

### Widerstand gegen sechs Wochen WK im Ausland

Am 23. August 2006 leitete der Bundesrat eine Vernehmlassung zu einer weiteren Revision der Militärgesetzgebung ein. Den Kernpunkt bildete der Vorschlag, die Panzertruppe, die Artillerie, die Flieger- und die Fliegerabwehrtruppen obligatorisch zu Wiederholungskursen ins Ausland aufzubieten.

Die Vernehmlassung lief am 1. Dezember 2006 ab. Schon jetzt kann festgehalten werden, dass der bundesrätliche Vorstoss so gut wie gescheitert ist. Im Widerstand verbinden sich staatspolitische und militärische Bedenken mit Einwänden der Wirtschaft zu einem

starken Nein. Die Organisation Pro Militia schreibt: «Die Revision verschärft die Lage des militärischen Lehrpersonals. Obligatorische sechswöchige Wiederholungskurse im Ausland sind sowohl miliz- als auch wirtschaftsfeindlich.» Erhebliche Bedenken meldeten auch die SVP und die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) an.

Aus der Wirtschaft kamen Stimmen – namentlich vom Schweizer Arbeitgeberverband –, welche die sechs Wochen Dauer ablehnen. **fo.**